

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/209

Bonn, den 31. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Jetzt kann wieder regiert werden 86

Nach der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung  
Große Tage im Parlament

2 - 3 Auf die Leistung kommt es an! 72

Zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

4 - 5 Jugoslawien bleibt sich treu 70

Tito: "Weder proöstlich, noch prowestlich"

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Jetzt kann wieder regiert werden

Nach der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung  
Große Tage im Parlament

sp - Die zweitägige Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung der Regierung Brandt-Scheel ist von der politisch engagierten Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt worden. Sie hatte Höhe- und Tiefpunkte. Zum Glück für den Fortgang der Parlamentsarbeit wurde der in den Mittagstunden des ersten Tages sich entwickelnde Sturm nicht zum Orkan, er hatte die Wirkung eines reinigenden Gewitters. Die persönliche Entschuldigung stand den Betroffenen wohl an. Sie zeigten den Willen, das Feind-Freund-Verhältnis nicht wieder er- stehen zu lassen, das in den 50er Jahren die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik vergiftete. In der Verantwortung für das Wohl von Volk und Staat stehen a l l e - Regierung wie auch Opposition.

Die Debatte offenbarte die neue Koalition als ein Gespann, das entschlossen ist, die Fahrt durch die 6. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bis zum Ende durchzustehen und sich davon durch nichts abhalten zu lassen. Im Stillen genährte Hoffnungen der Unionsparteien, Zwiespalt zwischen den Koalitionspartnern säen zu können, werden nicht reifen. Das vereinbarte Regierungsprogramm wird sich als ein fester Kitt erweisen. Die Unterschiede zwischen SPD und FDP sind kleiner, als die in den C-Parteien vorhandenen Spannungen und Gegensätze. Diese inneren Spannungen und Gegensätze sind es ja gewesen, welche die CDU/CSU im letzten halben Jahr zu einer bremsenden und hemmenden Kraft in der deutschen Politik machten.

Die Geschichte der verzögerten und doch unvermeidlich gewordenen Aufwertung der DM belegt dies. Die von Kiesinger und Strauß verhinderte Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes dürfte uns allen noch teuer zu stehen kommen. Der Höhepunkt der Preisentwicklung kann noch vor uns liegen. Im erregenden Dialog mit Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller über dieses unrühmliche Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte erlitt Strauß als Politiker und angeblicher Kenner der Wirtschaft und ihrer Gesetze sein Kannä. Was gäben heute die CDU/CSU darum, könnten sie dieses Kapitel aus der Erinnerung auslöschen...

Nicht alles, was die neue Bundesregierung verwirklichen wird und was sie anstrebt, wurde von den C-Parteien in Grund und Boden ver- tonnert. Denn vieles baut ja auf dem, was im Zeichen der Großen Koalition erfolgte. Nur bedarf eben das bisher Geleistete der Weiter- entwicklung und des weiteren Ausbaus. Das trifft fast auf allen Be- reichen der Gesellschaftspolitik zu, aber auch auf die Deutschland-, Europa- und Ostpolitik. Gerade im erstgenannten Bereich kündigen sich für die Zukunft doch recht harte Auseinandersetzungen an. Es

und sich noch zeigen müssen, ob die C-Parteien der Versuchung widerstehen können, in Emotionen zu flüchten und auf Positionen bestehen zu wollen, die nicht mehr zu halten sind. Treibt es der BAYERN-KURIER in dieser Richtung gar zu arg, wäre wohl öffentliche Distanzierung dieses Herausgebers angebracht.

Das Schwergewicht aller künftigen Aktivitäten und Gesetzesvorhaben der neuen von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung liegt im Gebiet der inneren Reformen, verbunden mit einer Erneuerung staatlichen Grundlagen, der Setzung von Prioritäten und der Aktivierung des politischen Bewußtseins der Öffentlichkeit. Ein neues Feld kooperativer Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien bietet sich der CDU/CSU an. Haben diese Parteien Gutes und Besseres zu geben, haben sie etwa vor, Vorschläge und eigene Gesetzentwürfe, die sich durch Qualität auszeichnen, dann wird dies sicherlich zur Stärkung der Demokratie beitragen.

Erwartungsvoll sieht die Bundesregierung etwa den CDU/CSU-Entscheiden für ein Städtebauförderungsgesetz entgegen, das der Boden- und Luftverschmutzung, dieser Pest in unserer Industriegesellschaft, wirksam entgegensteht und es unseren Städten ermöglicht, sich so zu modernisieren und lang Versäumtes nachzuholen, wie es das Wohl des Bürgers erfordert.

Das gleiche gilt für die Vermögensbildung in breiter Hand, für die Förderung von Wissenschaft und Forschung, und für den Ausbau unserer Sozialgesetzgebung. In solchen Initiativen muß es sich erweisen, wohin die Unionsparteien tendieren und ob sie die Kraft haben, in ihr bisher unvereinbare und lähmende Gegensätze auf höherer Ebene auszugleichen.

Eines wird freilich nicht gehen: Das Gesellschaftsbild der CDU-Sozialausschüsse mit den Vorstellungen konservativer Kreise des CDU-Wirtschaftsrates als etwas Einheitliches, die Politik dieser Partei als stichendes Element dem Volk und Parlament anzubieten. Aus dieser Verbindung von Feuer und Wasser gibt es nur Dampf. Die Notwendigkeiten der 70er Jahre und deren Erfüllung erfordern ein nüchternes, auf die Sache bezogenes Handeln. Über der deutschen politischen Landschaft darf kein Nebelschleier liegen.

Dient die Zeit der Opposition, mit der sich die Unionsparteien - so schwer es ihnen auch fallen mag - nun abfinden müssen, ihrer inneren Erneuerung und ihrer Besinnung darauf, was der Festigung der Demokratie guttut, dann wäre dies ein Gewinn für unseren freiheitlichen, sozialen Rechtsstaat. An Gelegenheiten, diesen Prozeß zu fördern, wird es die neue Regierung nicht fehlen lassen. Die Unionsparteien müssen sich darauf vorbereiten, sachliche Auseinandersetzungen bestreiten zu können. Die Argumente, die sie vorbrachten, und die oft künstlich wirkenden Emotionen, die sie zeigten, reichen freilich noch nicht aus.

+ + +

Auf die Leistung kommt es an!

Zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

Kr - Der Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen verlief bisher ruhig. Keine großen Veranstaltungen, keine Aufmärsche unter freiem Himmel, kein "US-Rezept" wie bei der Bundestagswahl, Ausnahmen machten nur die Wahlkongresse zur Eröffnung des Wahlkampfes.

Zwischen den Wahlen hat sich trotzdem das Bild im bevölkerungsreichsten Bundesland geändert. Bunte Farben beherrschen die Plakataufhänger zwischen Rhein, Ruhr und Lippe. Die Sozialdemokraten sind vom Orange der Bundestagswahl meist teils abgewichen. Mit strahlendem Blau und anderen betont freundlichen Farben bieten sie ihre "Kommunalmannschaften" an.

Die CDU ist - wie zum Beispiel in der Ruhrmetropole Essen - bei den gleichen Farben wie der Bundestagswahl geblieben. Die Partei zieht das Schwarz-Rot vor und umgibt die Kombination hier und dort mit einer Zusatzfarbe. Die FDP wählte ebenfalls wieder ihre schwarze Grundfarbe.

Insgesamt gab es kein "Generalrezept" für Farben. Zwar haben überall Psychologen beratend mitgewirkt, doch an zahlreichen Orten wird der Kommunalwahlkampf recht individuell und auch eigenwillig geführt.

+ + -

Wie werden die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. November 1969 ausfallen, nachdem SPD und FDP die neue Bundesregierung gebildet und die CDU/CSU auf die Oppositionsbänke verwiesen haben? Zunächst muß festgestellt werden, daß die CDU ihre Taktik geändert hat: Statt ihres Slogans im Bundestagswahlkampf "... auf den Kanzler kommt es an", stellt sie jetzt vor der Kommunalwahl "Mannschaften" und "Teamarbeit" heraus. Dafür geizen sie aber nicht mit Schlagworten. Der CDU-Parole "Sturm auf die roten Rathäuser" folgten andere, wie z.B. "Für Mitsprache der Bürger", als hätte der Bürger bisher dort, wo die Sozialdemokraten in Rathäusern "regierten", nichts zu sagen gehabt. Ähnliche Ausgleiter der CDU (so auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf) stechen ins Auge.

+ + +

Heute hat die CDU ihre Forderung, Bundestags- und Kommunalwahlen an einem Tage stattfinden zu lassen, vergessen. Hier-

ür hatte CDU-Oppositionschef Dr. Lenz mit seinen Mannen vor der Bundestagswahl eifrig plädiert. Hätte die in Düsseldorf ebenfalls regierenden SPD und FDP zugestimmt, wäre es für die CDU an Rhein und Ruhr ein böses Erwachen gewesen. In den Großstädten von Nordrhein-Westfalen würde die CDU fast ausnahmslos in die Opposition gedrängt, sollte sich das Bundestagswahlergebnis wiederholen.

+ + -

Die CDU in Nordrhein-Westfalen muß sich zudem aller Möglichkeiten zur Polemik beraubt fühlen, die sie auf landespolitischer Ebene wahltaktisch hätte ausschöpfen wollen. Zu konsequent hielt die Regierung Kühn/Weyer ihr Versprechen ein, das Ministerpräsident Heinz Kühn in seiner Regierungserklärung Ende 1966 abgegeben hatte: Daß "die Landesregierung die finanziellen Nöte der Gemeinden ebenso ernst nehmen wird wie die eigenen finanziellen Sorgen."

Das war kein Lippenbekenntnis. Denn bereits vor der grundlegenden Reform der Gemeindefinanzen bemühte sich die SPD/FDP-Koalition in Düsseldorf, die finanzielle Basis der Kommunen auszubauen und ihnen mehr Geldmittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben in die Hand zu geben. So stiegen die Landesleistungen an die Gemeinden von 3,9 Milliarden DM 1966 (vor dem Regierungswechsel in Düsseldorf) auf 4,8 Milliarden DM im Jahre 1969 an, was einer Steigerung der Pro-Kopf-Rate von 233,74 DM um 22,28 Prozent auf 284,21 DM entspricht. Nach dem Entwurf des Landeshaushaltes 1970 ist eine weitere Erhöhung auf rund fünf Milliarden DM vorgesehen.

Das Volumen des Schulbauprogramms des Landes wurde von 255 Millionen DM 1966 auf 330 Millionen DM 1969 vergrößert, während 1970 für den gleichen Zweck 430 Millionen DM vorgesehen sind. Von Jahr zu Jahr erhöht wurden ferner die Straßenbaumittel des Landes, und zwar von rund 296,2 Millionen DM 1967 auf 913,0 Millionen DM 1968, auf 1.113 Millionen DM 1969 und schließlich auf 1.160 Millionen DM 1970. Insgesamt wurden und werden vom Land 1967-1970 über 382 Millionen DM Straßenbaumittel ausgeschüttet.

+ + +

Das sind keine wahllos herausgegriffenen Zahlen. Die Leistungen des Landes, die von SPD und FDP für die Gemeinden konzipiert worden sind, halten jeder Kritik stand.

Die Regierung in Düsseldorf stellte mit der Mehrheit des Landtages unter Beweis, daß Land und Gemeinden zum Wohle des Bürgers zusammenarbeiten. Die Regierung Kühn/Weyer hat sich vorgenommen, die Position der Kommunen noch mehr zu stärken.

Der Haushaltsentwurf für 1970 ist klar danach ausgerichtet!

+ + +

Jugoslawien bleibt sich treu

Tito: "Weder proöstlich, noch prowestlich"

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Marschall Tito nahm die Gelegenheit einer Rede vor serbischen Chemikararbeitern wahr, um zu betonen, daß Jugoslawien weder ein proöstliches noch ein prowestliches Land sei, sondern seiner Politik der Blockfreiheit auch in Zukunft treu bleiben wolle. Beobachter in Belgrad sehen darin einen Versuch, sich ein wenig von dem Verdacht reinzuwaschen, Jugoslawien mache wieder gemeinsame Sache mit den Sowjets. Eine solche Ansicht hatte sich in letzter Zeit, vor allem nach dem Gromyko-Ausbruch in Jugoslawien, verbreitet, nachdem Tito selbst die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei zu den Akten gelegt und die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen einen Belgrader Schriftsteller veranlaßt hatte, der sich in einem Artikel kritisch mit der sowjetischen Präsenz in Prag befaßt hatte.

Doch offenbar gibt es auch noch andere Gründe für die Distanzierung der jugoslawischen Außenpolitik von jener der Sowjetunion, die nun von Tito in einer öffentlichen Rede vorgenommen worden ist. In Belgrader Parteikreisen ist man nämlich der Ansicht, daß sich eine Normalisierung der Beziehungen zu den anderen kommunistischen Ländern nur auf einer Ebene, nämlich der zwischenstaatlichen, abzeichne, während in den Beziehungen zwischen dem "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" und den anderen kommunistischen Parteien nach wie vor die alten, schon seit 1948 bestehenden Meinungsverschiedenheiten vorherrschen.

Einen direkten Beweis lieferte bereits am 26. September ausgebrochen die westliche Presse, als sie ein Dokument der SED veröffentlichte, in dem sich die Ostberliner Parteiführung auf altgewohnte und äußerst kritische Weise mit der Politik der jugoslawischen Kommunisten befaßt. In dieser Ostberliner Kritik an der Politik des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" werden die Titoisten nicht nur als Nationalisten und Revisionisten bezeichnet, sondern sie erstreckt sich auch auf die innere gesellschaftliche und staatliche Ordnung dieses sehr empfindsamen Balkanlandes, was man in Jugoslawien vollkommen zu Recht als einen erneuten Eingriff in die inneren Verhältnisse dieses Staates betrachtet.

Bereits Mitte Oktober, nach längerem Warten, stellte daher das

Belgrader Parteiblatt "Komunist" sehr vorsichtig die öffentliche Frage, ob man aus Ostberlin kein Dementi dieser in der Bundesrepublik erwarteten Veröffentlichung höre, doch noch war man gut gelaunt, denn die SED beabsichtigt, wie man hört, erhebliche Investitionen im unterentwickelten Süden Jugoslawiens, wo dieser Tage eine starke Wirtschaftsdepression weilt.

Nach einer weiteren Woche des Wartens platzte den Jugoslawen jeder der Krugen, und die Zeitschrift "Komunist" veröffentlichte nun einen erheblichen Teil des Textes, um die Publikation mit der Aufforderung an Ostberlin zu verbinden, endlich Stellung zu nehmen. Doch Ostberlin hüllt sich nach wie vor in verlegenes Schweigen.

Im Grunde enthält der von den Jugoslawen beanstandete Rundbrief die Führungskader der SED, in dem diese vor den jugoslawischen Revisionisten gewarnt werden, weder etwas Neues noch etwas spezifisch Ostberlinisches. Er formuliert ganz einfach noch einmal deutlich, daß die Jugoslawen die Keimzelle allen Übels innerhalb der internationalen kommunistischen und Arbeiter-Bewegung seien, die man bekämpfen und früher oder später ausrotten müsse.

Für die verborgene Feindseligkeit des Moskauer Lagers gegenüber Jugoslawien spricht nämlich auch noch eine andere Kampagne, die aus ganz anderer Richtung stammt.

Nach längerer Pause hat nämlich die bulgarische Presse abermals das Mazedonienproblem wieder aufgegriffen, das heißt: Sofia bezweifelt abermals das Recht Jugoslawiens auf seine territoriale Integrität, vor allem in Beziehung auf seine mazedonischen Gebiete. Diese neue Kampagne kommt für Belgrad umso Überraschender, als man in Kürze mit dem Besuch des bulgarischen Außenministers Bescheff in Jugoslawien gerechnet hatte.

Jugoslawien wird also schon allein aufgrund derartiger Stimmen aus dem Ostblock dazu gezwungen, seine bisherige Politik der Blockfreiheit aufzugeben. Wie man aus gut unterrichteten Quellen erfährt, will Tito bereits am 5. November nach Algier reisen und im Januar oder Februar des kommenden Jahres auch Tansania besuchen, wo eine neue Gipfelkonferenz der nichtengagierten Staaten organisiert wird. Daß ihn sein nächster Besuch dann aber in ein NATO-Land, nämlich nach Italien, führen soll, weist daraufhin, daß Jugoslawien in engen Beziehungen auch zu Westeuropa das notwendige Gegengewicht zur auf dem Balkan lastenden Präsenz der Sowjets sieht.